Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3956

05. 03. 96

Sachgebiet 780

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksachen 13/400, 13/401 (Materialband) –

Agrarbericht 1995
Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Egon Susset, Meinolf Michels, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Günther Bredehorn, Ulrich Heinrich, Jürgen Koppelin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 13/697 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksachen 13/400, 13/401 –

Agrarbericht 1995
Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

3. zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/713 –

a) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 13/400 –

Agrarbericht 1995
Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

b) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 13/401 –

Materialband (einschließlich Buchführungsergebnisse) zum Agrarbericht 1995 der Bundesregierung

4. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Ulrike Höfken-Deipenbrock, Steffi Lemke und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/708 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksachen 13/400, 13/401 –

Agrarbericht 1995

A. Problem

Zu den Nummern 1, 2, 3 und 4

Die Bundesregierung legt gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes jährlich bis zum 15. Februar einen Rechenschaftsbericht über die Situation der Landwirtschaft ab.

Im Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/713 – wird dargelegt, daß die Agrarpolitik der Bundesregierung den Landwirten und ihren Familien keine ausreichenden Perspektiven biete. Viele Familien in der Land- und Forstwirtschaft erzielten keine angemessenen Einkommen. Sie stünden vielfach vor der Entscheidung, in den Nebenerwerb zu wechseln oder die landwirtschaftliche Tätigkeit ganz einzustellen. Die Probleme der Landwirtschaft verstärkten so die Probleme des ländlichen Raumes. Impulse für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der ländlichen Räume würden vielfach an leeren öffentlichen Kassen scheitern. In dieser Situation schränke die Bundesregierung die Mittel für investive Maßnahmen an der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes im Bundeshaushalt 1995 um 76 Mio. DM ein. Letztlich würde insgesamt zu Lasten ländlicher Gemeinden bei staatlichen Leistungen eingespart.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird der Rückgang der Betriebsgewinne und das verfügbare Einkommen in der Landwirtschaft, besonders in den alten Ländern, bemängelt. Der Auftrag der EU, das Einkommen der Landwirte und Landwirtinnen Europas zu sichern, werde durch die aktuelle Agrarpolitik der Bundesregierung nicht erfüllt. Weiter wird von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgeführt, daß betriebliche Entscheidungen der Bauern und Bäuerinnen sich zunehmend an volkswirtschaftlichen ökologisch unsinnigen Prämienzahlungen orientieren müßten. Hier wird insbesondere der Massenanbau von Subventionsfrüchten wie Ölsaaten ohne deren Aberntung als Beispiel genannt.

Seuchen in der Tierhaltung verursachten zunehmend Kosten für die Bundesregierung, ohne jedoch den Landwirten und Landwirtinnen die realen Verluste annähernd ausgleichen zu können. Hier seien präventive Maßnahmen gefordert sowie eine Neuausrichtung auf artgerechte Tierhaltung und Fütterung.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Der Agrarbericht wurde einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Zu Nummer 2

Im Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. wird die Bundesregierung aufgefordert, die Rahmenbedingungen noch stärker darauf auszurichten, daß sich in allen Richtungen Deutschlands leistungs- und wettbewerbsstarke, marktorientierte und umweltverträgliche sowie tiergerecht wirtschaftende Betriebe ent-

wickeln. Insbesondere müsse die Bundesregierung für eine Stärkung der Eigenverantwortung der Landwirte und für einen finanziellen Ausgleich der ökologischen und landschaftspflegerischen Leistungen der Landwirtschaft eintreten.

Die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. fordern ferner von der Bundesregierung, daß zügig eine einheitliche Agrarpolitik für die deutsche Landwirtschaft, insbesondere in der Strukturförderung, durchgesetzt wird. Ferner seien die Rahmenbedingungen für eine rentable Forstwirtschaft sowie für Erwerb, Einkommenskombinationen der Landwirtschaft zu verbessern. Vor allem müsse der Anbau und die Markteinführung nachwachsender Rohstoffe weiter vorangebracht werden.

Im übrigen unterstützt die Regierungskoalition die Bundesregierung in ihren Verhandlungen in Brüssel, damit u. a. ein europaeinheitliches Umwelt-, Natur- und Tierschutzprogramm auf hohem Niveau verabschiedet und damit auf einen Abbau der Wettbewerbsverzerrung in der EU hingewirkt und insbesondere für EU-weit geltende tiergerechte Transportbedingungen einschließlich der Begrenzung der Transportzeit von Schlachtvieh eingetreten wird.

Mehrheitliche Annahme im Ausschuß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS.

Zu Nummer 3

Im Antrag der Fraktion der SPD wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert, die ungünstige Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft im EU-Binnenmarkt zu beseitigen. Ferner sollen alle Anstrengungen unternommen werden, damit für eine einheitlich eingeleitete EU-Agrarreform und dem GATT-Abschluß die knappen Haushaltsmittel zum Auf- und Ausbau einer wettbewerbsfähigen, marktorientierten und umweltverträglichen Landbewirtschaftung verwendet werden. Ferner soll auf Antrag der Fraktion der SPD eine flächendeckende Landbewirtschaftung mit umweltverträglichen und standortgerechten Produktionsweisen ermöglicht werden. Ferner habe die Bundesregierung dafür Sorge zu tragen, daß verläßliche Rahmenbedingungen für die milcherzeugenden landwirtschaftlichen Betriebe über die Zukunft der Garantiemengenregelung Milch (Milchquotenregelung) zu schaffen sei, damit überhaupt notwendige und richtige Entscheidungen zukunftsgerichtet getroffen werden können.

Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS.

Zu Nummer 4

Im Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine Reform der europäischen Agrarreform einzusetzen, die auf eine Abkehr von der Massenproduktion bzw. auf eine deutliche Mengenreduzierung abzielt. Ferner müßten die Anforderung einer umweltge-

rechten Landwirtschaft, die die Versorgung der Bevölkerung mit rückstands- und krankheitserregerfreien Lebensmitteln Rechnung trägt, erfüllt werden.

Ferner wird im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert, daß die Bundesregierung ein Konzept vorlegt zum Erhalt der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sowie den vor- und nachgelagerten Bereichen.

Ablehnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Entschließungsantrag – Drucksache 13/697 – unverändert anzunehmen, die Entschließungsanträge – Drucksachen 13/713 und 13/708 – abzulehnen und im übrigen den Agrarbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 17. Mai 1995

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)	**Horst Sielaff**	**Günther Bredehorn**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Horst Sielaff und Günther Bredehorn

1. Beratungsgang

Bei der Beratung des Agrarberichts 1995 der Bundesregierung in der 24. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. März 1995 haben die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. einerseits und die Fraktion der SPD sowie die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN andererseits je einen Entschließungsantrag eingebracht, die in der gleichen Sitzung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend und mitberatend an den Ausschuß für Wirtschaft – Drucksache 13/713 –, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung – Drucksachen 13/401, 13/400, 13/697, 13/708 –, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – Drucksachen 13/400, 13/401, 13/697, 13/708 –, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit – Drucksachen 13/400, 13/401, 13/713, 13/697, 13/708 – sowie an den Haushaltsausschuß überwiesen worden sind. Ferner wurde der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus zu den Drucksachen 13/400 und 13/401 gutachtlich beteiligt.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner 9. Sitzung am 10. Mai 1995 beschlossen, auf die Beratung – Drucksache 13/713 – zu verzichten.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung Agrarbericht 1995 – Drucksache 13/400 – und die Unterrichtung durch die Bundesregierung Materialband zum Agrarbericht 1995 der Bundesregierung – Drucksache 13/401 – in seiner 10. Sitzung am 10. Mai 1995 beraten und dem federführenden Ausschuß Kenntnisnahme der Vorlagen empfohlen. In gleicher Sitzung hat der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 13/697 beraten und dem federführenden Ausschuß die Annahme der Vorlage empfohlen und gleichzeitig den Entschließungsantrag – Drucksache 13/708 – der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beraten und dem federführenden Ausschuß empfohlen, diesen abzulehnen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat den Agrarbericht 1995 – Drucksachen 13/400 und 13/401 – sowie die Entschließungsanträge der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/697 –, den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/708 – in seiner Sitzung am 10. Mai 1995 beraten. Der Ausschuß hat einstimmige Kenntnisnahme des Agrarberichts 1995 beschlossen. Der Entschließungsantrag – Drucksache 13/697 – der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. wurde mehrheitlich angenommen. Auf der gleichen Sitzung wurde die Ablehnung des Entschließungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/708 – dem federführenden Ausschuß empfohlen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 10. Mai 1995 beraten. Dabei hat er dem federführenden Ausschuß mitgeteilt, daß der Entschließungsantrag der Regierungskoalition – Drucksache 13/697 – mehrheitlich angenommen worden ist. Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/713 – wurde mehrheitlich abgelehnt. Der Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/708 – wurde ebenfalls mehrheitlich abgelehnt. Die Unterrichtung durch die Bundesregierung Agrarbericht 1995 – Drucksachen 13/400 und 13/401 – wurde mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis genommen.

In seiner Sitzung am 27. April 1995 hat der Haushaltsausschuß die Unterrichtung durch die Bundesregierung Agrarbericht 1995 – Drucksachen 13/400 und 13/401 – beraten und dem federführenden Ausschuß empfohlen, die Unterrichtung zur Kenntnis zu nehmen. In gleicher Sitzung hat der Haushaltsausschuß den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. – Drucksache 13/697 – sowie den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/713 – und den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/708 – beraten. Die Entschließungsanträge der Fraktion der SPD – Drucksache 13/713 – sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/708 – wurden seitens des Haushaltsausschusses mehrheitlich abgelehnt. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 13/697 – wurde mehrheitlich angenommen.

Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus hat sich gutachtlich an der Unterrichtung durch die Bundesregierung Agrarbericht 1995 – Drucksache 13/400 – beteiligt. Er hat dem federführenden Ausschuß mehrheitlich zustimmende Kenntnisnahme empfohlen.

Der federführende Ausschuß hat die Entschließungsanträge in seiner 14. Sitzung am 17. Mai 1995 beraten.

2. Inhalt der Vorlagen

2.1

Durch den Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 13/697 – soll durch den Deutschen Bundestag zunächst festgestellt werden, daß u. a. die landwirtschaftlichen Betriebe im Durchschnitt nach einem Rückgang der Gewinne in 93/94 im laufenden Wirtschaftsjahr 94/95 mit einem Wiederanstieg der Gewinne rechnen können.

Durch den Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 13/697 – soll durch den Deutschen Bundestag anerkannt werden, daß

- die Voraussetzungen für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und für mehr unternehmerisches Handeln der landwirtschaftlichen Betriebe, vor allem durch eine Verstärkung der einzelbetrieblichen Förderung, verbessert worden sind;
- die Agrarreform der EU zu einer deutlichen Marktentlastung bei stabileren Erzeugerpreisen für Getreide sowie zum Abbau der Investitionsbestände bei Getreide, Rindfleisch und Butter geführt hat und Fortschritte bei der einfacheren sowie praxisnäheren Umsetzung der Reform erreicht worden sind;
- die Bundesregierung die Bedingungen für die Milcherzeugung im Sinne einer Stärkung der aktiven Milcherzeuger vor allem durch erleichterte Handelbarkeit und Saldierung der Milchquoten wesentlich verbessert hat.

Durch den Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 13/697 – soll die Bundesregierung aufgefordert werden, daß u. a.

- die Rahmenbedingungen noch stärker darauf auszurichten sind, daß sich in allen Regionen Deutschlands leistungs- und wettbewerbsstarke, marktorientierte und umweltverträgliche sowie tiergerecht wirtschaftende Betriebe entwickeln;
- zügig eine einheitliche Agrarpolitik für die deutsche Landwirtschaft, insbesondere in der Strukturförderung, zu gestalten ist, die den regional unterschiedlichen Strukturen in Deutschland Rechnung trägt;
- die Rahmenbedingungen für eine rentable Forstwirtschaft sowie für Erwerb, Einkommenskombinationen der Landwirtschaft verbessert werden.

Durch den Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 13/697 – soll bei den Verhandlungen in Brüssel die Bundesregierung vom Deutschen Bundestag unterstützt werden

- auf Kontinuität der Agrarmarktpolitik und damit auf Verläßlichkeit der Landwirte gesetzt wird;
- bei der Umsetzung der GATT-Vereinbarung zusätzliche Belastungen für die Landwirtschaft zu verhindern;
- mit Nachdruck eine Korrektur der europäischen Seuchenbekämpfungspolitik auf der Basis markierter Impfstoffe anzustreben;
- auf europaeinheitlichem Umwelt-, Natur- und Tierschutz auf hohem Niveau und damit auf einen Abbau der Wettbewerbsverzerrung in der EU hinzuwirken.

2.2

Durch den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/713 – soll der Deutsche Bundestag feststellen, daß

- die Agrarpolitik der Bundesregierung den Landwirten und ihren Familien keine ausreichenden Perspektiven bietet;
- die Probleme der Landwirtschaft die Probleme des ländlichen Raumes verstärken, der außer als Standort für landwirtschaftliche Produktion auch von großer Bedeutung für die Trinkwasserversorgung, den Natur- und Artenschutz sowie als ökologischer Ausgleichs- und Erholungsraum für die überwiegend in städtischer Umgebung lebende Bevölkerung ist;
- Flächenstillegungen und flächengebundene Produktionsquoten sowie höchstrichterliche Entscheidungen, die bei den Altpachtfällen bezüglich Milchquoten zu erhöhten Preisen auf dem Milchquotenmarkt führen und somit zu einem Kapitalabfluß aus der aktiven Landwirtschaft beitragen;
- die von der Bundesregierung mitgestaltete EU-Agrarreform des Jahres 1992 ein notwendiger Ansatzpunkt ist. Aus ökonomischer als auch aus ökologischer Sicht ist die EU-Agrarreform dringend verbesserungsbedürftig. Eine Belastung der Haushalte ist bisher nicht erkennbar, im Gegenteil, die Probleme verstärken sich;
- als Folge einer verfehlten Agrarpolitik der Bundesregierung Oberflächengewässer und Grundwasser mit Nitrat und Pflanzenschutzmitteln belastet sind;
- das Image unserer Landwirtschaft als Produzent gesunder Nahrungsmittel in Gefahr ist. Dazu tragen Lebensmittelskandale, Schweinepest und Rinderwahnsinn aber auch die Diskussion über einen bedenkenlosen Einsatz der Gentechnologie in der Landwirtschaft bei;
- Fragen des Tierschutzes nicht zufriedenstellend gelöst sind. Die Verhältnisse beim Transport lebender Tiere sind – insbesondere was den Transport von Schlachttieren betrifft – skandalös. Hier fehlt es an ethischen Maßstäben ausgerichteten politischen Rahmenbedingungen;
- durch die inzwischen erfolgte Umbenennung des Waldschadensberichtes in Waldzustandsbericht der Wald nicht gesünder geworden ist.

Durch den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/713 – wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert,

- die ungünstige Wettbewerbssituation der deutschen Landwirtschaft im EU-Binnenmarkt zu beseitigen;
- alle Anstrengungen zu unternehmen, damit nach eingeleiteter EU-Agrarreform und GATT-Abschluß die knappen Haushaltsmittel zum Aus- und Aufbau an der wettbewerbsfähigen, marktorientierten und umweltverträglichen Landbewirtschaftung verwendet werden;
- die jetzt praktizierte Gießkannenförderung abzubauen und die vielfältigen flächenbezogenen Beihilfen, die in Deutschland gewährt werden, in ein schlüssiges Konzept zur Anwendung zu bringen;
- eine flächendeckende Landbewirtschaftung mit umweltverträglichen und standortgerechten Produktionsweisen zu ermöglichen;
- die begonnene Teilentschuldung der Landwirtschaft in den neuen Ländern endlich abzuschließen und die Altschuldenfrage insgesamt so zu regeln, daß von ihr keine Behinderung für die Umstrukturierung und den Neubeginn in der Landwirtschaft ausgehen kann;

- die durch die landwirtschaftliche Produktion verursachten Schadstoffbelastungen des Waldes zurückzuführen;
- verstärkt begleitende forstliche Maßnahmen zu unterstützen, wie die Schaffung stabiler und artenreicher Mischbestände;
- alles daran zu setzen, die am Ende der 12. Legislaturperiode in einem breiten Konsens erreichte langfristige Stabilisierung der landwirtschaftlichen Alterssicherung über die Defizithaftung des Bundes einschließlich der eigenständigen Alterssicherung der Bäuerinnen nicht leichtfertig zu gefährden.

2.3

Durch den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/708 – soll der Deutsche Bundestag feststellen, daß

- der Rückgang der Betriebsgewinne und der verfügbaren Einkommen in der Landwirtschaft besonders in den alten Ländern aufzeigt, daß der Auftrag der EU, das Einkommen der Landwirte und der Landwirtinnen in Europa zu sichern, durch die aktuelle Agrarpolitik nicht erfüllt wird;
- auch im Berichtszeitraum 93/94 ein drastischer Verlust von nahezu 50 000 landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen in Deutschland gezielte Gegenmaßnahmen der Bundesregierung für den Erhalt der Arbeitsplätze erforderlich macht;
- Seuchen in der Tierhaltung zunehmende Kosten für die Bundesregierung verursachten, ohne jedoch den Landwirten und Landwirtinnen die realen Verluste annähernd auszugleichen;
- Nitrat- und Pestizideinträge in das Grundwasser sowie der hohe Energieeinsatz der Intensivlandwirtschaft in erheblichem Ausmaß Umwelt und Klima schädigen;
- durch Investitionsanreize im Rahmen der einzelbetrieblichen Förderung die weitere Intensivierung der Produktion künstlich angeheizt wird.

Durch den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/708 – soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern,

- sich für eine Reform der „europäischen Agrarreform" einzusetzen, die auf eine Abkehr von der Massenproduktion bzw. auf eine deutliche Mengenreduzierung abzielt, und die Anforderungen einer umweltgerechten Landwirtschaft die die Versorgung der Bevölkerung mit rückstands- und erregerfreien Lebensmitteln sowie die Kriterien einer artgerechten Haltung erfüllt;
- sich dafür einzusetzen, daß im kommenden Jahr in den Maastrichter Revisionsverhandlungen eine Einbeziehung des Agrarbereiches erfolgt;
- ein Konzept vorzulegen zum Erhalt der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sowie den vor- und nachgelagerten Bereichen;
- die Bundesregierung bindet die einzelbetriebliche Förderung an Kriterien unter erstem Spiegelstrich entsprechend;
- die für die Aufstockung der einzelbetrieblichen Förderung vorgesehenen Mittel von 100 Mio. DM im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zu 50% zur Förderung der landwirtschaftlichen Verarbeitung, Vermarktung und Schaffung moderner Dienstleistungsstrukturen in diesen Bereichen einzusetzen.

3. Beratung im 10. Ausschuß

Bei der Beratung der Vorlagen in der 14. Sitzung am 17. Mai 1995 des federführenden Ausschusses gingen die Fraktionen übereinstimmend davon aus, daß nach der Aussprache im Plenum anläßlich der Überweisung kein Aussprachebedarf mehr vorliegt, da die jeweils unterschiedlichen Bewertungen der Fraktionen und Gruppe als bekannt vorausgesetzt würden. Der Agrarbericht wurde daher einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Der Antrag der Koalitionsfraktionen – Drucksache 13/697 – wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS mehrheitlich angenommen.

Der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/713 – wurde bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS gegen die Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 13/708 – wurde durch die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS abgelehnt.

Namens des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wolle der Bundestag beschließen, den Entschließungsantrag – Drucksache 13/697 – unverändert anzunehmen und die Entschließungsanträge – Drucksachen 13/713 und 13/708 – abzulehnen und im übrigen den Agrarbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 17. Mai 1995

Horst Sielaff — Berichterstatter

Günther Bredehorn — Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333